



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

Oldenburger Erklärung
Niedersachsen muss wieder stark werden
- Perspektiven für einen Regierungswechsel -

Niedersachsen muss wieder stark werden. Die entscheidenden Themen für das Land heißen: Bildung, Wachstum und soziale Gerechtigkeit. Es muss endlich Schluss sein mit der schwarz-gelben Politik des Nichtstuns und der falschen Weichenstellungen für das Land. Deshalb muss Niedersachsen wieder gut regiert werden. Mit einem harten und engagierten Wahlkampf will die SPD stärkste Landtagsfraktion werden und mit Stephan Weil den nächsten Ministerpräsidenten stellen. Darum geht es bei der Wahl am 20. Januar 2013.

Die Landtagswahlen der letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass die SPD die Menschen in Deutschland inhaltlich und personell überzeugt. Darum geht es auch in Niedersachsen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung belegt jeden Tag aufs Neue, dass sie es nicht kann. Auch in den Bundesländern, in denen CDU und FDP gemeinsam regieren, bestimmen Streit und Zwietracht die Schlagzeilen. Nicht das Land steht im Vordergrund, sondern der Selbstzweck von Parteien und Personen. Das muss sich wieder ändern. Die niedersächsische SPD wird sich mit einem klaren und konkreten politischen Programm an die Menschen wenden. Den Auftakt bildete der erfolgreiche Mitgliederentscheid für Stephan Weil als Spitzenkandidat. Kein Kandidat einer anderen Partei wird sich auf das direkte demokratische Votum von 25.000 Parteimitgliedern stützen können. Wir sind stolz auf dieses beispielgebende Verfahren.

Ein weiterer Schritt ist seine Wahl zum neuen Landesvorsitzenden. Auf dem Weg zum Regierungswechsel wird eine durch Transparenz und Offenheit geprägte Diskussion für das Regierungsprogramm beispielhaft für einen neuen Politikstil in Niedersachsen stehen.

30 **Sachlichkeit, Bürgernähe und fachliche Kompetenz – unsere Maßstäbe**
31 **für eine gute Politik**

32

33 In den letzten Jahren haben wir einen zunehmenden Ansehensverlust der Politik und
34 ihrer Institutionen wahrzunehmen. Rückläufige Wahlbeteiligungen, sinkende Mitglieder-
35 zahlen und ein hoher Altersdurchschnitt in den Parteien sowie das – nicht immer un-
36 berechtigte - Gefühl von Menschen, nicht mehr beteiligt zu sein an den wesentlichen
37 gesellschaftlichen Entscheidungen, sind Ausdruck hierfür. Für uns heißt das: Sachlichkeit,
38 Bürgernähe und fachliche Kompetenz sind die Richtschnur für die Arbeit der SPD in
39 Niedersachsen - auf allen Ebenen: in der Landes-, Bundes- und Europapolitik. Wir ver-
40 sprechen nicht jedem alles, sondern wollen das Machbare umsetzen. So werden wir
41 Schritt für Schritt das Leben der Menschen in unserem Land verbessern. Dabei haben wir
42 durchaus Visionen für Niedersachsen. Aber in Zeiten begrenzter finanzieller Handlungs-
43 spielräume setzen wir klare Schwerpunkte und Etappenziele, damit wir am Ende mehr
44 einlösen als versprechen.

45

46 Die Kommunalwahlen am 11. September 2011 haben gezeigt, dass die SPD auf einem
47 guten Weg ist. Die schwarz-gelbe Landesregierung hingegen ist ohne Mehrheit in Nieder-
48 sachsen und – was schwerer wiegt – sie hat keine Antworten auf die drängenden
49 Zukunftsfragen unseres Bundeslandes. Weder in der Bildungspolitik und Sozialpolitik,
50 noch in der Energie- oder Wirtschaftspolitik sind Ideen oder Konzepte für eine gute
51 Entwicklung unseres Landes und die Zukunftschancen seiner Menschen erkennbar. Für
52 die **Bewältigung des demografischen Wandels** hat sie bis heute – nach nahezu zehn
53 Jahren Regierungsverantwortung – keinen Lösungsansatz für die vielfältigen Regionen
54 unseres Bundeslandes mit ihren Stärken und Schwächen. In den letzten fünf Jahren
55 (2005-2010) sind die Geburten um 5,8 Prozent zurückgegangen – Niedersachsen ist
56 Schlusslicht unter allen Bundesländern. Damit einher geht eine Überalterung des Landes,
57 insbesondere in Süd- und Ostniedersachsen. Gefragt ist deshalb eine mittel- und
58 langfristig wirksame Demografie-Strategie. Ohne sie ist dauerhaft die Gleichwertigkeit
59 der Lebensverhältnisse kaum zu gewährleisten. Nur durch passgenaue regionale
60 Konzepte sind die notwendigen Weichenstellungen insbesondere in der Bildungs-,
61 Gesundheits-, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik verlässlich möglich. Eine

62 sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird das Thema demografischer Wandel in
63 das Zentrum ihrer politischen Arbeit rücken.
64 Eine wachsende gesellschaftliche Spaltung, zunehmende Dominanz marktwirtschaftlicher
65 Elemente in der sozialen Arbeit und im Gesundheitssystem, eine nach wie vor erhebliche
66 Arbeitslosigkeit und ein wachsender Niedriglohnsektor bei steigender Verdichtung und
67 Beschleunigung in der Arbeitswelt sind große Herausforderungen für sozial-
68 demokratische Politik in Niedersachsen. Unser Anspruch ist es, dass alle Bürgerinnen und
69 Bürger in jeder Lebenslage menschenwürdig und selbstbestimmt umfassend am
70 gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
71 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat kein Grundverständnis ihres Wählerauftrages.
72 Die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch darauf, dass die Landesregierung
73 niedersächsische Interessen in Berlin – und nicht Berliner Interessen in Niedersachsen
74 vertritt. Wir mussten zu oft erleben, dass Landesinteressen auf dem Altar schwarz-gelber
75 Koalitionsinteressen geopfert wurden. Wenn es hierfür noch eines Beweises bedurft
76 hätte, dann ist dieser durch die Zustimmung der Landesregierung zu den
77 Steuersenkungsplänen der Bundesregierung bei der Einkommensbesteuerung erbracht.
78 Niedersachsen verliert dadurch jährlich Steuereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe.
79 Angesichts des hohen Haushaltsdefizits und vor dem Hintergrund der ab 2020 für die
80 Bundesländer geltenden verbindlichen Schuldenbremse eine unverantwortliche
81 Entscheidung von Schwarz-Gelb in Niedersachsen.

82

83

84

Transparenz und Offenheit

85

86 Das vor uns liegende Jahr 2012 wollen wir nutzen, um mit allen Interessierten inner- und
87 außerhalb der SPD über bessere Konzepte und deren Umsetzung in den verschiedenen
88 Bereichen der Landespolitik zu diskutieren. **Transparenz, Offenheit und Beteiligung**
89 werden unseren Weg zu einem Regierungsprogramm für Niedersachsen prägen. Neben
90 vielfältigen regionalen Veranstaltungsangeboten wollen wir dabei selbstverständlich die
91 interaktiven Möglichkeiten des Internets nutzen. Bis zur Beschlussfassung des
92 Regierungsprogramms im Herbst 2012 stehen unsere zentralen Dialogkanäle für Ideen,
93 Anregungen und Kritik auf entdecke-niedersachsen.de und [facebook.com/spdnds](https://www.facebook.com/spdnds) offen.

94 Im Herbst 2012 legen wir den Entwurf eines Regierungsprogramms zur Beschlussfassung
95 vor. Sehr genau wollen wir im Landtagswahlprogramm die Schwerpunkte für die Arbeit
96 der künftigen niedersächsischen Landesregierung beschreiben. Wir knüpfen dabei an die
97 guten inhaltlichen Vorarbeiten der Foren der Landespartei, unserer Dialoge mit den
98 Gruppen der Zivilgesellschaft und der Arbeitskreise der Landtagsfraktion an und werden
99 die wesentlichen Eckpunkte darin präzisieren.

100

101

102 **Niedersachsen wieder stark machen – Aufstieg durch Bildung**

103

104 Die Verbesserung der niedersächsischen Bildungspolitik ist für Sozialdemokratinnen und
105 Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit. Ohne gute Bildung für alle gibt es keine
106 Gerechtigkeit – und ohne Gerechtigkeit gibt es keinen gesellschaftlichen Fortschritt mit
107 besseren Lebensperspektiven für die Menschen in unserem Land. Wir müssen aber
108 feststellen, dass bis heute die soziale Herkunft viel zu oft über die Bildungschancen der
109 Kinder und Jugendlichen entscheidet: in Deutschland häufiger als in anderen Ländern.
110 Von 100 Kindern, deren Eltern Akademiker sind, schaffen 71 das Abitur. Bei Kindern aus
111 Nicht-Akademiker-Familien sind dies nur 24 von 100. Das Bildungssystem zementiert so
112 die ungleiche Verteilung von Lebenschancen statt Zukunftsperspektiven für alle zu
113 eröffnen.

114 Bildung prägt von den Kindertagesstätten über die allgemeinbildenden und berufs-
115 bildenden Schulen sowie der beruflichen oder akademischen Ausbildung bis hin zur
116 Erwachsenen- und Seniorenbildung unser gesamtes Leben. Eine gute Bildung mit einer
117 ausreichenden individuellen Förderung ist und bleibt daher **die** Voraussetzung für ein
118 selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe.

119

120 Die SPD in Niedersachsen setzt sich deshalb u. a. ein für

121

- 122 • einen Ausbau der Betreuungsangebote für die unter dreijährigen Kinder. Bisher
123 hat das Land Niedersachsen die Kommunen beim Ausbau der Betreuungsquote auf
124 35% bis 2013 nur völlig unzureichend unterstützt.
- 125 • Gesamtschulen in ganz Niedersachsen – überall dort, wo die Eltern und die
126 Schulträger dies wünschen. Die Hürde der Fünzügigkeit muss gestrichen werden.

- 127 • vollständig ausgestattete Ganztagschulen mit Unterricht am Nachmittag, Förder-
128 möglichkeiten und einem gesunden Mittagessen.
- 129 • mehr Zeit zum Lernen für alle Kinder. Wir wollen weiterhin das Abitur nach 13
130 Jahren an den Gesamtschulen. Eltern und Kinder müssen die Wahl haben, ob sie
131 das Abitur nach 13 Jahren ablegen wollen oder nach 12 Jahren.
- 132 • die schnellstmögliche Abschaffung von Studiengebühren an niedersächsischen
133 Hochschulen. Das Erststudium bis einschließlich zum Masterabschluss wollen wir
134 gebührenfrei gestalten. Die entstehenden Einnahmeausfälle der Hochschulen
135 müssen kompensiert werden.
- 136 • eine Abschaffung des sog. Kooperationsverbotes ein. Künftig müssen Bund und
137 Länder - auch finanziell - beim Ausbau des gesamten Bildungs- und Wissenschafts-
138 bereichs zusammenwirken können.

139

140

141

Soziale und nachhaltige Finanzpolitik

142

143 Die **aufgabengerechte Finanzierung** der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen
144 ist nicht nur eine fiskalpolitische Frage. Sie ist Voraussetzung für die politische
145 Gestaltungsfähigkeit des Staates und damit eine zutiefst gesellschaftspolitische Grund-
146 satzentscheidung über das Verständnis der Rolle des Staates. Wir Sozialdemokratinnen
147 und Sozialdemokraten bekennen uns zu einem **leistungsfähigen Staat und leistungs-**
148 **fähigen Kommunen**, die durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur die
149 Voraussetzungen für den künftigen Wohlstand unseres Landes und seiner Menschen
150 schafft. Und wir bekennen uns zu einem sozialen Staat und einer solidarischen
151 Gesellschaft, die denjenigen hilft, die unverschuldet in Not geraten sind. Dafür wollen wir
152 genügend Mittel bereitstellen.

153 Das Land ist aber jetzt schon hoch verschuldet. Jährlich fehlen ca. 1,8 Mrd. Euro zur
154 Deckung aller Ausgaben. Die Schuldenbremse wird zu beachten sein und löst damit
155 erheblichen Handlungsbedarf aus. Hinzu kommen die beträchtlichen konjunkturellen
156 Risiken für den Landeshaushalt vor dem Hintergrund einer instabilen Weltwirtschaft.
157 Weitere Einnahmeausfälle durch Entscheidungen der Bundespolitik dürfen nicht hinzu-
158 kommen. Deshalb widersetzen wir uns allen Bestrebungen, die eine weitere Ver-
159 schlechterung der Einnahmen des Landes bedeuten. Deshalb wollen wir die bisherige

160 Ausgabenstruktur auf den Prüfstand stellen und auf die notwendigen Schwerpunkte der
161 Landespolitik ausrichten. Wir wissen aber auch, dass dieses nicht ausreichen wird, um
162 alle notwendigen Investitionen zu finanzieren. Daher setzen wir uns für eine sozial aus-
163 gewogene Erweiterung der Steuereinnahmen des Staates ein. Breite Schultern müssen
164 dabei mehr tragen als schmale. Nur wenn alle diese Elemente einer nachhaltigen Finanz-
165 politik zusammenkommen, können stufenweise die Investitionen in die Zukunft des
166 Landes in Angriff genommen werden.

167

168 Ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2013-2018 wird deshalb

169

- 170 • Maßnahmen, Projekte oder Vorhaben nur dann stufenweise realisieren, wenn ihre
171 Finanzierung gesichert ist. Versprechen "ins Blaue hinein" wird es mit uns nicht
172 geben.
- 173 • klare Schwerpunktsetzungen und gezielte Investitionen, z. B. in der Bildungs-
174 politik, vorsehen. Schwerpunkte zu setzen bedeutet für uns aber auch, deutlich zu
175 sagen, wofür Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen können.
- 176 • das grundgesetzliche Verschuldungsverbot für die Bundesländer ab 2020 be-
177 achten. Damit verbindet sich das Erfordernis einer nachhaltigen und stetigen
178 Haushaltskonsolidierung. Ein Schuldenstand des Landes von knapp 60 Milliarden
179 Euro Ende 2012 macht den Ernst der Lage deutlich. Dort, wo Belastungen für die
180 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht vermeidbar sind, werden wir ein
181 besonderes Augenmerk auf die soziale Ausgewogenheit richten.
- 182 • den Auftrag an die künftige Landesregierung enthalten, die Landesinteressen in
183 der Steuerpolitik über den Bundesrat wirksam in Berlin zu vertreten. Weil viele
184 steuerpolitische Rahmenbedingungen in der Bundespolitik gesetzt werden,
185 müssen wir uns dort für eine Ausweitung der staatlichen Einnahmen einsetzen.

186

187

188 **Für eine neue, gerechte Sozialpolitik in Niedersachsen**

189

190 Das Eintreten für Gerechtigkeit und Solidarität gehört zu den zentralen Grundwerten
191 der SPD. Gerechtigkeit zu erfahren und Zusammenhalt zu leben, sind Auftrag und
192 Ansporn zugleich, im Kampf um gleiche Lebenschancen für alle, nicht nachzulassen. Die

193 SPD weiß aus ihrer Geschichte, mit welchen großen Anstrengungen und unter welchen
194 Opfern Fortschritt gestaltet wurde. Wir wissen auch, dass er wieder verloren gehen
195 kann, wenn man vergisst, dass nichts selbstverständlich ist. Soziale Gerechtigkeit,
196 Mitmenschlichkeit und Solidarität sind keine Schönwetterwerte. Seit Jahrzehnten
197 prägen und sichern sie den sozialen Frieden in unserem Land.

198

199 Wir wollen einen grundlegenden Perspektivwechsel in der Sozialpolitik:

200

- 201 • Wir wollen gute Pflege sichern und eine wertvolle Pflege für alle.
- 202 • Die Wertschätzung der Pflegeberufe muss gesteigert werden. Dazu gehören eine
203 tarifliche Entlohnung und die komplette Schulgeldfreiheit für Alten-
204 pflegeschüler/innen.
- 205 • Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen gilt es, auch in den ländlichen
206 Regionen die ambulante und stationäre medizinische Versorgung sektoren-
207 übergreifend zu sichern.
- 208 • Eine moderne Integrationspolitik, die sich an der gesellschaftlichen Wirklichkeit
209 orientiert. Integration braucht Regeln und Verbindlichkeiten – für alle am
210 Prozess der Integration Beteiligten. Notwendig ist deshalb, die Teilhabe von
211 Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen am gesellschaftlichen,
212 wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu verbessern

213

214 **Niedersachsen braucht wieder eine aktive Wirtschaftspolitik**

215

216 Einer gestaltenden Wirtschaftspolitik kommt nach den Verwerfungen der globalen
217 Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2007 eine besondere Bedeutung zu. Es waren die
218 sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister der großen Koalition, die mit ihrem
219 Krisenmanagement und Engagement dafür gesorgt haben, dass die deutsche Wirtschaft
220 im europäischen Vergleich gut durch die Krise gekommen ist. Kurzarbeitergeld,
221 Abwrackprämie und Konjunkturpakete haben sich als wirksame Instrumente gegen die
222 Folgen der spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten und dem nachfolgenden Ein-
223 bruch der Realwirtschaft erwiesen. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass nur eine **aktive**
224 **und gestaltende Wirtschaftspolitik** die enormen Herausforderungen der Gegenwart

225 bewältigen kann. Das schwarz-gelbe Prinzip vom wirtschaftspolitischen Laissez-faire ist
226 spätestens mit den Erfahrungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gescheitert.

227

228 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen für den Erhalt und die Stei-
229 gerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf Investitionen und
230 Innovationen. Durch ein qualitatives Wirtschaftswachstum wollen wir den ver-
231 meintlichen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie verringern und die Grund-
232 lagen für den gesellschaftlichen Wohlstand von morgen schaffen. Ohne die notwendigen
233 nationalen und europäischen Rahmenbedingungen in Politik und Wirtschaft kann dies
234 nicht gelingen. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung kann künftig dennoch
235 nicht die Hände in den Schoß legen, sondern wird ihre Rolle als wichtiger Impulsgeber
236 für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen tatkräftig ausfüllen.

237

238 Dabei kommt es uns auf folgende Schwerpunkte an:

239

240 • Eine niedersächsische Wirtschaftspolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn
241 sie sich als regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik versteht. Die begrenzten
242 Ressourcen der öffentlichen Hand müssen die regionalen Stärken stärken und
243 dabei zukunftsfähige Märkte und Produkte in den Mittelpunkt stellen:

244

- Mobilitätswirtschaft

245

- Erneuerbare Energien und Umwelttechnik

246

- Maritime Verbundwirtschaft

247

- Gesundheitswirtschaft und Tourismus

248

- Ernährung- und Landwirtschaft

249 • Wissen, Qualifikation und Ideenreichtum sind die wichtigsten „Rohstoffe“ Nieder-
250 sachsens. Hier investiert das Land zu wenig. Der internationale Wettbewerb
251 sowie der demografische Wandel werden den Bedarf an qualifizierten
252 Fachkräften erheblich steigen lassen. Deshalb kann sich Niedersachsen weder
253 eine hohe Quote von Schulabgängern ohne Abschluss noch eine Abwanderung
254 von Hochschulabsolventen in andere Bundesländer erlauben.

255

- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der Wirtschaft. Ihre
256 Wettbewerbsfähigkeit ist daher von herausragender Bedeutung. Eine zu geringe
257 Eigenkapitalquote und zu wenig Risikokapital beeinträchtigen häufig die

258 Innovationsfähigkeit dieses Sektors - und häufig auch ihre Beteiligung an
259 Forschungs- und Entwicklungsprozessen.

260 Die Kreditversorgung dieser Unternehmen muss deshalb gesichert werden. Dafür
261 muss die Nord/LB als Konsortialpartner der Sparkassen, Genossenschafts- und
262 Privatbanken erhalten bleiben. Förderprogramme der NBank zur Stärkung der
263 kleinen und mittleren Unternehmen müssen das Unterstützungsangebot
264 ergänzen. Der Wissenstransfer von den Hochschulen in die Unternehmen und
265 umgekehrt muss stärker verknüpft werden. Hier gibt es noch erheblichen
266 Verbesserungsbedarf auf dem Weg zu vielfältigen Innovationsnetzwerken in
267 ganz Niedersachsen. Dabei spielt der Ausbau der Fachhochschulen eine genauso
268 große Rolle wie bei der regionalen Deckung des Fachkräftebedarfes.

- 269 • Die erhebliche Kaufkraft des Staates wollen wir künftig gezielter auf innovative
270 Produkte und Dienstleistungen ausrichten.
- 271 • Das örtliche Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche – formal häufig als
272 weicher Standortfaktor bezeichnet – hat sich mittlerweile bei Investitions- und
273 Standortentscheidungen von Unternehmen zu einem wichtigen (harten)
274 Kriterium entwickelt. Der bedarfsgerechte Ausbau ist deshalb für uns nicht zu-
275 letzt auch ein Gebot der wirtschaftspolitischen Vernunft.
- 276 • Für unser großes Flächenbundesland mit den wichtigen Seehäfen, einem starken
277 Tourismus und einer wettbewerbsfähigen Industrie sind der Erhalt und der
278 weitere Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur überlebenswichtig.
279 Wir wollen zur Stärkung unserer Mobilität eine sinnvolle Vernetzung aller
280 Verkehrsträger erreichen. Zeitnah umsetz- und finanzierbare Lösungen ziehen
281 wir Leuchtturmprojekten mit zu langen Realisierungszeiträumen vor.

282

283

284 **Die Energiewende umsetzen und gestalten**

285

286 Niedersachsen ist von den Herausforderungen und Chancen der Energie- und
287 Umweltpolitik wie kein anderes Bundesland betroffen. Großen Zukunftsperspektiven
288 bei den Erneuerbaren Energien stehen die ungelösten Fragestellungen bei der
289 Endlagersuche für den Atommüll gegenüber.

290

291 Die künftige **Energiepolitik** für unser Bundesland ist dem Erhalt der natürlichen
292 Lebensgrundlagen – auch für kommende Generationen verpflichtet. Durch die
293 Förderung der Erneuerbaren Energien leistet sie zudem ihren Beitrag zum Ausbau
294 zukunftsfähiger Arbeitsplätze und sichert die Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer
295 Unternehmen – gerade auch in den ländlichen Regionen unseres Bundeslandes. Eine
296 moderne Energiepolitik ist in unserem Verständnis Umwelt- und Wirtschaftspolitik
297 zugleich.

298

299 Wir wollen, dass

300

- 301 • Wind, Wasser, Sonne und Bioenergie ab 2020 den Großteil der
302 Energieversorgung in Niedersachsen abdecken. Nur noch rund 20% des
303 Energiebedarfs sollen aus fossilen Energieträgern generiert werden. Aufgrund
304 der günstigen Standortbedingungen kommt dabei naturgemäß der Windenergie
305 sowie der Biomasse die zentrale Bedeutung zu. Mit der Förderung des
306 Repowering, der Weiterentwicklung der Offshore-Windparks und neuen
307 Speichertechnologien wollen wir die Nutzung der Windenergie weiter
308 vorantreiben. Biomasse wird ein wichtiger Baustein eines integrierten
309 Energieprogramms sein, da nachwachsende Rohstoffe schwindende
310 Rohstoffressourcen schonen. Ein besonderes Augenmerk werden wir hierbei
311 aber auf die Verhinderung von Monokulturen im Maisanbau („Vermaisung“)
312 legen.
- 313 • Fossile Brennstoffe so schnell als möglich durch Erneuerbare Energien ersetzt
314 werden. Bis dahin setzen wir für eine Übergangszeit auf hocheffiziente
315 Gaskraftwerke.
- 316 • - die sog. CCS-Technik zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid nicht
317 zum Einsatz kommt. Die zur Verfügung stehende Technik ist nicht weit genug
318 entwickelt und grundsätzlich risikobehaftet.
- 319 • Niedersachsen zum Spitzenstandort Nummer 1 für die Forschung und
320 Entwicklung neuer Umwelttechnologien wird. An den Hochschulen und Fach-
321 hochschulen werden wir den Bereich der Energie- und Umweltwissenschaften
322 stärker in den Mittelpunkt stellen.

- 323 • eine künftige Energieversorgung für Niedersachsen stärker als bisher auf
324 dezentrale Strukturen baut. Die Neugründung von Stadtwerken oder
325 Genossenschaften begrüßen wir, da sie zu mehr Wettbewerb auf dem
326 Energiemarkt führen und Monopolstrukturen reduzieren.
- 327 • das vorhandene Energienetze und -speichermöglichkeiten modernisiert und
328 erweitert werden. Mit dem Ausbau der Windenergie wird der Bedarf des
329 Stromtransportes von der Küste ins gesamte Bundesgebiet wachsen. Dieser
330 Ausbau kann nur transparent und mit den betroffenen Menschen gemeinsam
331 angegangen werden. Es muss die Regel sein, dass Höchstspannungsleitungen
332 – wie bereits im Niederspannungsbereich – landschafts- und umweltschonend,
333 sowie menschenverträglich als Erdkabel verlegt werden. Dabei ist energie-
334 sparenden und gesundheitlich wesentlich unbedenklicheren Techniken wie der
335 Höchstspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) der Vorrang zu geben.
336 Bestehende Netzplanungen müssen unter diesem Blickwinkel angepasst werden.
- 337 • Elektromobilität seinen technischen Durchbruch erreicht. Gemeinsam mit der
338 Wirtschaft wollen wir die technologische Weiterentwicklung und die
339 Produktionsreife erreichen.

340

341 Wir begrüßen als SPD in Niedersachsen ausdrücklich, dass der letzte Bundesparteitag
342 unserer Partei eine **ergebnisoffene Endlagersuche** unter Ausschluss einer weiteren
343 Erkundung des Salzstocks in **Gorleben** beschlossen hat. Bis zum heutigen Tage – nach
344 über 30 Jahren – ist eine wissenschaftliche Eignung des Salzgesteins zur Endlagerung
345 des Atommülls nicht nachgewiesen. Im Gegenteil: Spätestens seit den Laugenzuflüssen
346 in die Schachanlage Asse II 1988 und der damit verbundenen Kontaminierungsgefahr
347 des Grundwassers ist Salz als Endlagermedium diskreditiert. Die Ergebnisse des
348 Gorleben-Untersuchungsausschusses belegen zudem, dass die Standortentscheidung
349 Gorleben im Jahre 1977 politisch motiviert war. Eine ergebnisoffene Endlagersuche
350 muss daher Gorleben ausschließen, will sie nicht dem Verdacht einer Alibi-Suche
351 ausgesetzt sein. Nicht ausreichend ist daher der vom Bundesumweltminister verhängte
352 Ausbaustopp für den Salzstock in Gorleben. Hier setzt sich die atompolitische Irrfahrt
353 der Bundesregierung fort, diesmal um offensichtlich über den niedersächsischen
354 Landtagswahltermin ohne eine bis dahin verbindliche Entscheidung hinwegzukommen.

355

356 Mit großer Sorge betrachten wir die aktuelle politische Diskussion um die Rückholung
357 der Atomabfälle aus der **Asse**. Die Sicherheit der betroffenen Menschen in der Region
358 und der Umwelt haben für uns höchste Priorität. Wir halten deshalb fest am Ziel der
359 Rückholung der Atommüllfässer und der Schließung der Asse. Nur so kann eine
360 Verseuchung des Grundwassers ausgeschlossen werden. Wir fordern alle beteiligten
361 Ministerien und Behörden auf, ohne weitere Verzögerungen die erforderlichen
362 Maßnahmen zur Rückholung der rund 126.000 Fässer aus dem ehemaligen
363 Salzbergwerk voranzutreiben.

364

365

366 **Starke Regionen – Das Fundament für Niedersachsen**

367

368 Niedersachsen verstehen, bedeutet von den Regionen her denken - sie bewahren die
369 Vielfalt unseres Bundeslandes, stiften Identität und sind Heimat für ihre Menschen.
370 Unsere Regionen bestehen aus dynamischen Städten mit einem starken Umland und
371 attraktiven ländlichen Räumen. Durch die demografische Entwicklung werden diese
372 Regionen aber auch vor große Herausforderungen gestellt. Nur gemeinsam werden
373 Zentren und Peripherie wirtschaftliche Stabilität und damit eine hohe Lebensqualität für
374 ihre Bürgerinnen und Bürger gewährleisten können. Im europäischen Standort-
375 wettbewerb wird den Regionen künftig noch mehr Bedeutung zukommen. Wir wollen
376 deshalb Entwicklungsperspektiven für alle Teilbereiche unseres Landes sichern und
377 fördern. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Verfassungsauftrag stellt
378 Niedersachsen als großes Flächenbundesland vor besondere Herausforderungen. Hier
379 tätig zu werden, ist ureigenste Aufgabe von guter Landespolitik. Eine sozial-
380 demokratisch geführte Landesregierung wird dieser Erkenntnis stets verpflichtet sein.

381

382